

Wien, am Montag, den 6. Dezember 1926.

Der städtische Voranschlag für 1927. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzen genehmigte am Samstag abends den Abschnitt des städtischen Voranschlages über das Ernährungs- und Wirtschaftswesen. Stadtrat Kokrda leitete die Beratung mit dem Hinweis ein, dass diese Verwaltungsgruppe für das Jahr 1927 mit 71 Millionen Schilling präliminiert sei. Gegenüber dem Jahre 1926 ergibt sich eine um vier Millionen Schilling höhere Dotierung. Auch im kommenden Jahr werden die städtischen Schlachthäuser und Märkte vergrössert und modernisiert. Es sind für solche Zwecke 2 1/3 Millionen Schilling in den Voranschlag eingesetzt. Schwierig gestaltete sich die Situation in den städtischen Lagerhäusern, was auf die abnormale wirtschaftliche Lage zurückzuführen sei. Gemeinderat Angermayer (chr. soz.) erklärt, dass die gegenwärtige Gemeindeverwaltung auf dem Gebiet der Approvisionierung gar nichts mache. Die Sozialdemokraten haben die christlichsoziale Gemeindeverwaltung ständig angegriffen und Ratschläge wegen einer besseren Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln erteilt. Jetzt, wo eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung die Möglichkeit hätte, diese Ratschläge auszuführen, ergebe sich ein vollständiges Versagen. Die gegenwärtige Mehrheit hat den Christlichsozialen auch den Vorwurf gemacht, dass die Märkte den an sie gestellten Ansprüchen nicht mehr genügen. Auch hier sei aber in den letzten Jahren sehr wenig geschehen. Gemeinderat Zimmerl meint, dass die Bezeichnung Ernährung aus dieser Gruppe weggelassen werden könnte, weil sie damit nicht das Geringste zu tun hat. Die städtischen Lagerhäuser könnten günstiger arbeiten, wenn man an ihre Spitze einen tüchtigen Direktor stellen würde. Man hat seinerzeit den sehr fähigen Direktor Nübel pensioniert, obwohl dazu gar kein Grund vorhanden war. Der Redner wendet sich schliesslich gegen die Hauskäufe der Gemeinde und bemängelt, dass im Voranschlag für Lernmittel ein kleinerer Betrag eingesetzt ist, als im Vorjahr. Da über die Unzulänglichkeit der Lernmittel ständig geklagt wird, dürften die Verhältnisse noch schlechter werden. Gemeinderat Binder (chr. soz.) bespricht die Zustände in der Grossmarkthalle, die unhaltbar sind, weil die Räume den Ansprüchen längst nicht mehr genügen. Ueber die Lernmittel an den Schulen werde vielfach geklagt. Insbesondere die Bleistifte sollen sehr schlecht sein und auch die Wandtafeln erweisen sich als unpraktisch. Stadtrat Kokrda entgegnet, dass die Gemeindeverwaltung alte Häuser und Grundstücke kaufen müsse, um gewisse Stadtteile zu assanieren und das grosse Wohnbauprogramm durchführen zu können. Bei der Grossmarkthalle handle es sich um ein altes Uebel, weil dort die Raumverhältnisse sehr beengt sind. Eine Reihe von Reformen, wie die Trennung des Grossmarktes, vom Kleinmarkt wird auch hier eine Besserung bringen. Die Ansätze für Lernmittel konnten für das kommende Jahr verringert werden, weil viele Bücher im Vorjahr eingekauft wurden. Was den Ausbau der Märkte anlangt, so hat die Gemeinde auch für das Jahr 1927 ein Programm ausgearbeitet. Die Gemeindeverwaltung versuche auf dem Gebiet der Approvisionierung, so weit sie dazu gesetzlich ermächtigt ist, ihr möglichstes zu leisten. Die Vorwürfe der Minderheit sind hier kaum ernst zu nehmen, denn würde die Gemeinde die ihr gezogenen Schranken durchbrechen, so würde wohl ein grosses Geschrei über Eingriffe in das freie Spiel der Kräfte und in den freien Handel anheben.

Die Verwaltungsgruppe wird dann gegen die Stimmen der Christlichsozialen genehmigt. Heute nachmittag wird die Gruppe für technische Angelegenheiten beraten werden. (Der Bericht über diese Beratung wird gegen 8 Uhr abends ausgegeben werden.)